



Bildung wurzelt in der frühen Kindheit

Margit Jung in der Landtagsdebatte zur Abschaffung des Landeserziehungsgeldes

Am 17. Juni hat der Thüringer Landtag mit deutlicher Mehrheit die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes beschlossen. In der Debatte hatte für die Linksfraktion deren familienpolitische Sprecherin Margit Jung das Wort ergriffen. Folgend Auszüge aus dem Plenarprotokoll:

„Pro und Kontra zum Landeserziehungsgeld werden in Thüringen seit zehn Jahren diskutiert. Wir haben als Linke nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir, wenn wir in Verantwortung kommen, dieses Landeserziehungsgeld abschaffen wollen.

Aus den schriftlichen Stellungnahmen wird aber auch deutlich, die freiverwendenden Finanzmittel in Strukturen zu investieren, die frühkindliche Bildung ermöglichen, wie vom Gemeinde- und Städtebund oder auch vom DGB dargelegt. Dieser Meinung schließen wir uns an und halten es für wesentlich sinnvoller, dass diese Gelder im Landeshaushalt für familien- und bildungspolitische Leistungen, für die Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten eingesetzt werden.

Seit der Einführung des einkommensunabhängigen Erziehungsgelds kritisieren wir als Linke-Fraktion, dass damit besonders Kindern aus ärmeren Familien erst später in den Genuss der frühkindlichen Bildungsangebote kommen. Ergebnisse der Bildungsforschung belegen, schon in den ersten Lebensjahren werden bei Kindern die

Grundlagen für späteres erfolgreiches Lernen und damit für gute Entwicklungsteilnahme und Aufstiegschancen gelegt. Durch Sprach- und Wissensvermittlung, verschiedene Angebote von Musik, Kunst und Bewegungserziehung sowie eine qualitativ hochwertige Betreuung können individuelle Fähigkeiten gefördert werden und besonderer Förderbedarf wird frühzeitig erkannt. So auch das Ergebnis der Studie des deutschen Jugendinstituts und der Universität Dortmund zum Betreuungsgeld/dem Erziehungsgeld auf Bundesebene. 'Alle Bildungsprozesse der Grundschule, der Jugend, des Lebens wurzeln in den Bildungsprozessen der frühen Kindheit', sagt der Erziehungswissenschaftler Jörg Ramseger von der FU Berlin. 'Der benachteiligte Dreijährige', führt er weiter aus, 'ist schon im Kindergarten im Verzug, erst recht mit sechs in der Grundschule. Das Problem beginnt bereits in der ersten Lebenswoche und wächst im ersten Monat, im ersten Jahr. Nicht, weil das Kind arm ist, sondern weil seine Eltern sich ihm nicht zuwenden. Sie sprechen und singen nicht mit ihm, sie reimen oder lachen nicht mit ihm.'

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Alle Eltern kümmern sich nicht, oder was?)

Frau Tasch, das habe ich nicht gesagt. Dann hören Sie mir bitte zu! Ich sprach von Eltern, von ärmeren Eltern oder von Eltern bildungsferner Schichten. Kinder, mit denen nicht gesprochen wird, lernen auch nicht, ordentlich zu sprechen. Kinder, deren Fragen

nicht beantwortet werden, hören auf, Fragen zu stellen. Wem nicht vorgelesen wird, der wird viel schlechter lesen lernen. Die Kinder in dieser Phase nicht zu fördern, ist fatal. Hier muss aus Sicht der Linken die finanzielle Situation dieser Eltern über bessere Hartz-IV-Sätze, eine Grundsicherung und familientaugliche Arbeitsplätze verbessert werden, nicht aber dadurch, dass das Fernbleiben vom Kindergarten belohnt wird.

(Abg. Emde, CDU: Das stimmt ja alles. Was hat das aber mit dem Thema zu tun?)

Aus diesem Grund stellt sich das Thüringer Erziehungsgeld für uns als eine familien- und bildungspolitische Fehlentscheidung dar. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag die Abschaffung auch vereinbart.

(Abg. Tasch, CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Frühkindliche Bildung hat gerade für Kinder von Alleinerziehenden sehr positive Auswirkungen, da u.a. das Armutsrisiko, von dem Alleinerziehende überdurchschnittlich häufig betroffen sind, durch eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung gesenkt werden kann.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Genau!)

Das ist ein Ergebnis auch der wissenschaftlichen Studie 'Gesamtgesellschaftliche Effekte einer Ganztagsbetreuung von Kindern von Alleinerziehenden' des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln.

AKTUELL

Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Thüringen

Den Flüchtlingen in Thüringen soll ein unbürokratischer Zugang zur medizinischen Versorgung ermöglicht werden, so wie es im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Die Flüchtlingspolitikerinnen der Koalitionsfraktionen im Landtag, Sabine Berninger (LINKE), Diana Lehmann (SPD) und Astrid Rothe-Beinlich (Grüne) wollen bis zum Herbst in Zusammenarbeit mit kommunalen Vertretern einen Vorschlag erarbeiten und mit der Landesregierung, der Arbeitsgemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) und den Leistungsträgern abstimmen. Damit soll eine diskriminierende Praktik beendet werden, die als Ergebnis der repressiven Ausrichtung der bisherigen Flüchtlingspolitik nicht nur erhebliche grundrechtswidrige Ein-

schränkungen beim Zugang zur medizinischen Versorgung bedeutet, sondern auch Verwaltungsaufwand und -kosten generiert, die besser für andere Flüchtlings- und integrationspolitische Maßnahmen verwendet werden sollten.

Kritikern der Gesundheitskarte begegnen die Flüchtlingspolitikerinnen mit den Erfahrungen in Bremen und Hamburg, wo das „Bremer Modell“ seit Jahren angewendet und Flüchtlingen der unkomplizierte Zugang zu den üblichen Kassenleistungen ermöglicht wird. „Hamburg hat vorgerechnet, dass mit der elektronischen Gesundheitskarte eine Ersparnis von etwa 12 Euro je Flüchtling im Monat erzielt wurde, bei erheblicher Erleichterung für die Verwaltung und – am Wichtigsten – einer immensen Verbesserung der Situation für die Flüchtlinge. Objektive

Argumente gegen dieses Vorhaben gibt es nicht, außer dem repressiven Grund, Flüchtlinge weiterhin von diesen Leistungen ausschließen zu wollen“, betonte Sabine Berninger.

Die drei Flüchtlingspolitikerinnen sehen den Freistaat in „einer besonderen Verantwortung, menschenrechtsorientierte Politik umzusetzen. Der ungehinderte Zugang der Flüchtlinge zu medizinischer Versorgung ist dabei ein wichtiger Baustein. Wir sind die erste rot-rot-grüne Koalition und haben erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Chance, tatsächlich umfassend Teilhabechancen für Geflüchtete zu eröffnen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht mit Blick auf die vage Möglichkeit einer irgendwann vereinbarten Bundesregelung zurücklehnen“, erklärten sie.

KOMMENTIERT:

von Rainer Kräuter

Kopfprämien

Zu einem Fall massenhafter, mutmaßlich widerrechtlicher Kündigungen und einer haarsträubenden Taktik, „freiwillige“ Aufhebungsverträge abzuschließen: Ende 2014 hatte die Zeitungsgruppe Thüringen (ZGT, inzwischen Mediengruppe Thüringen, MGT) über ein Tochterunternehmen Teile des insolventen CMAC-Verlags (Erfurt) gekauft und dessen Vertriebs-, Logistik- und Beilagen-geschäft übernommen, darunter das Anzeigenblatt „Die Hallos“. Die zu diesem Zweck neu gegründete „INKO Logistik GmbH“, eine 100-prozentige Tochter der ZGT, verpflichtete sich, einen Teil der Mitarbeiter im Rahmen eines Betriebsübergangs zu übernehmen. Die Arbeitsverträge sollten entsprechend der gesetzlichen Regelungen fortgelten.

Obwohl bei Betriebsübernahme die Arbeitsverhältnisse für ein Jahr unkündbar sind, wurde die übernommene Belegschaft bereits nach fünf Monaten – nach Auffassung der Geschäftsführung fristgerecht – gekündigt. Den Gekündigten wurde eine einmalige Prämienzahlung angeboten. Wollte man hier gerechtfertigten Kündigungsschutzklagen mit vergleichsweise geringem finanziellem Einsatz vorbeugen? Mir liegen zudem Informationen vor, wonach die Kunden der INKO Logistik in ein anderes Tochterunternehmen der ZGT umgeschichtet worden seien und für INKO Logistik keine Aufträge mehr existierten. Schaltet man so die Konkurrenz aus?

Aus den Unterlagen wird ersichtlich, dass offenbar die INKO Logistik-Chefetage mit leitenden Angestellten Prämienzahlungen vereinbart hat, eine Art Kopfprämie für den Abschluss von Aufhebungsverträgen mit den Beschäftigten. Es ist skandalös, wie dieses Unternehmen mit seinen Beschäftigten umgeht. Und man darf gespannt sein, wie in dem einen oder anderen Fall die juristische Entscheidung über solche Praktiken ausfallen wird.

Erneut wird auch deutlich, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Rechte nur wirksam schützen und vertreten können, wenn sie sich in Gewerkschaften organisieren sowie Betriebs- und Personalräte wählen. Insofern hoffe ich, dass sich die Beschäftigten der INKO Logistik einen starken Partner suchen, beispielsweise für die Klärung der wichtigen Frage, ob durch die Zeichnung der Aufhebungsverträge eine dreimonatige Sperrfrist für die Zahlung der Transferleistungen durch die Arbeitsämter eintritt.

KURZ UND PRÄGNANT

Intoleranz gegen Feinde der Demokratie

Zu der vor dem Thüringer Verfassungsgericht angestregten Klage der NPD gegen Ministerpräsident Bodo Ramelow erklärte Katharina König, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Antifaschismus, in einer Pressemitteilung am 24. Juni:

„Bodo Ramelow hat Recht. Wer einem Antrag der NPD zustimmt, macht die Nazi-Partei NPD hoffähig. Demokratie muss klare Grenzen ziehen. Carlo Schmid, einer der Väter des deutschen Grundgesetzes und Sozialdemokrat, stellte richtig fest, dass es zur Verteidigung der Demokratie nötig ist, ‚den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufzubringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen‘.“

Die NPD hat ihre Klage begründet mit öffentlichen Aufforderungen Bodo Ramelows an die kommunalen Mandatsträger, keine Anträge der NPD zu unterstützen. ■

Gute Arbeit statt längerer Arbeitszeit

„Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist destruktiv“, betonte Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitspolitik der Landtagsfraktion DIE LINKE, und bezog sich auf die aktuelle Forderung von Mario Voigt, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, nach einem „flexiblen Renteneintritt“. Die Abgeordnete hält Voigts Vorstoß für gefährlich. „Die Konsequenz wäre, dass diejenigen, die spät damit beginnen, ins Berufsleben zu starten, über das 67. Lebensjahr hinaus arbeiten müssen. Es ist unredlich und Heuchelei, dass nur diejenigen, die 45 Jahre gearbeitet haben, auch in Rente gehen dürfen. Die Antwort auf die demografische Entwicklung ist nicht eine längere Arbeitszeit zu schlechten Bedingungen, wie Teilzeit, Aufstocken oder in Minijobs, sondern gute Arbeit mit tarifgerechter Entlohnung und entsprechenden Beiträgen in die sozialen Sicherungssysteme mit dem Ergebnis einer guten Rente.“

Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden schneller entlassen, seien im Durchschnitt länger arbeitslos als jüngere Kollegen und hätten deutlich mehr gesundheitliche Probleme, erläutert Leukefeld. „DIE LINKE fordert Veränderungen im Rentensystem durch die schrittweise Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, also die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in eine solidarische Rentenversicherung sowie strategisch die Arbeitszeitverkürzung statt Verlängerung von Lebensarbeitszeit“, sagte die Abgeordnete der Linksfraktion. ■

„Danke für das Hissen der Regenbogenfahne“

Karola Stange in der Aktuellen Stunde der Linksfraktion „Ehe für alle auch in Thüringen“

Das Thema der Aktuellen der Linksfraktion in der Landtags Sitzung am 17. Juni lautete „Ehe für alle auch in Thüringen“. Dazu ergriff in der Debatte die gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion, Karola Stange, das Wort.

Zunächst dankte sie der Landesregierung und insbesondere Ministerpräsidenten Bodo Ramelow für das konsequente Umsetzen des Koalitionsvertrags. „Danke für das Hissen der Regenbogenfahne vor der Staatskanzlei und der Thüringer Vertretung in Berlin. Und nochmals danke für die klaren Worte im Bundesrat – es ist ein Zeichen von Akzeptanz, ja ein tolles Signal. ‚Es ist höchste Zeit, dass die Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren in Deutschland beendet wird‘, so Bodo Ramelow im Bundesrat. Ja, so klare Worte hat es in den letzten 25 Jahren weder von einer Ministerpräsidentin noch von einem Ministerpräsidenten aus Thüringen gegeben.“

Karola Stange verwies darauf, dass das Bundesverfassungsgericht bereits fünf Urteile gefällt hat, „in denen deutlich gemacht wurde, dass die Ehe als sogenanntes zivilrechtliches Institut

für Lesben und Schwule geöffnet werden könnte. Bereits im Sommer 2002 wurde das erste Grundsatzurteil gefällt, doch leider wurde bis heute keine Öffnung der Ehe vorgenommen. Der konservative Teil des Gesetzgebers hat sich geweigert, gesellschaftspolitische und rechtspolitische Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen. Die CDU in Thüringen gehörte in den letzten 25 Jahren zur Speerspitze der konservativen Verhinderer.“

Allerdings komme nun wieder Bewegung in die Diskussion. Die Abgeordnete wörtlich: „Von Irland lernen heißt, die Ehe für alle zu öffnen. Über 62 Prozent der Iren haben bei einer Volksabstimmung Ja zur gleichgeschlechtlichen Ehe gesagt, ausgerechnet im erzkonservativen Irland. Das ist ein wunderbares Ereignis, ein Riesenerfolg für die Lesben- und Schwulenbewegung, zu dem wir auch von dieser Stelle recht herzlich gratulieren. Ich weiß, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU und der AfD, dass es für Sie ein sehr unangenehmes Thema ist. Sie sind in den letzten Wochen mit viel Hohn und Spott für Ihre fadenscheinigen Argumente bedacht worden. Aber sie haben die Möglichkeit, Ihr verstaubtes

Weltbild zu richten und noch besser fände ich, wenn Sie sich von den Äußerungen von Frau Kramp-Karrenbauer distanzieren würden, die sinngemäß sagte: Wenn die Homo-Ehe kommt, kommen auch Inzest und Polygamie. Ich finde, das ist eine handfeste Beleidigung von Lesben und Schwulen, die völlig inakzeptabel ist. Ich fordere weniger Verbortheit und weniger Dogmatismus. Das würde auch der Union gut tun. Denn hinterweltliche Politikansätze, damit lockt man niemanden mehr hinter dem Ofen vor.“

Umfragen belegten, dass es vor allem bei jungen Menschen eine ganz zentrale Frage ist, wie Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft gelebt wird. „Sie wollen keine Diskriminierung, sie möchten Respekt für alle Lebensweisen und möchten auch, dass Politik diesen Respekt bekundet. Also tun wir das.“

Karola Stange zeigte sich fest überzeugt davon: „Auch in Deutschland würde ein Referendum mit hoher Mehrheit angenommen. Umfragen sagen auch, dass sogar 65 Prozent der Deutschen für die Öffnung der Ehe sind, davon 58 Prozent der CDU-Mitglieder. Also gehen Sie in sich!“ ■

Vielseitiges LINKES Angebot beim Tag der offenen Tür

Mit vielfältigen Informations- und Diskussionsangeboten sowie einem kleinen kulinarisch-kulturellen Rahmenprogramm präsentierte sich die Fraktion DIE LINKE mit ihren Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Tag der offenen Tür des

haushalts 2015, dass sie keinen Zweifel an der Beschlussfassung durch die Regierungsmehrheit im Landtag habe.

Bis zum späten Nachmittag fanden weitere Diskussionsrunden mit Abgeordneten aller Fraktionen statt, auf Vorschlag der LINKEN zum Thema „Ar-

auch mit ihren T-Shirts deutliche Signale. Das Angebot der Fraktion wurde abgerundet mit dem Kinderspaß vom Verein „Ottokar“ und sowie einem Schnellzeichner, von dem man sich gern pointiert porträtieren ließ.

Fotos: Peter Lahn



Landtags am 13. Juni den zahlreichen Gästen aus nah und fern. Das begann schon am großen roten Stand der Fraktion gegenüber den Haupteingang des Landtags und setzte sich fort mit dem „Kaffee-Klatsch“ im Fraktionsraum „Käte-Duncker-Saal“ im Funktionsgebäude. Auf der Bühne im Beethovenpark stand die Fraktionschefin Susanne Hennig-Wellsow im Talk mit den Fraktionsvorsitzenden Rede und Antwort und betonte u.a. mit Blick auf die abschließende Beratung des Landes-

beitsplätze schaffen – Öffentliche Beschäftigung fördern“ mit der Arbeitspolitikerin der Fraktion Ina Leukefeld. In der von der AfD-Fraktion beantragten Diskussion zu „Asyl und Zuwanderung“ setzten die Vertreterinnen der Koalitionsfraktionen (im Foto v.l.) Sabine Berninger (LINKE), Madeleine Henfling (B90/Grüne) und Diana Lehman (SPD)



Bürgerbeteiligung in Kommunen stärken

Thüringer Bündnis für mehr direkte Demokratie wartet mit neuen Vorschlägen auf

„Demokratie ist kein Sofa“, so lautet das Motto der Veranstaltung, zu der sich am 23. Juni etwa 100 Mitglieder und Sympathisanten des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“ im Erfurter Landtag getroffen hatten. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow, selbst Mitglied von „Mehr Demokratie in Thüringen“, unterstrich in seinem Grußwort, wie wichtig es ist, „die demokratischen Grundrechte der Menschen zu stärken“ und „das Regelwerk für mehr direkte Demokratie zu schärfen“. Die Demokratie sei „keine Schönwetter-Veranstaltung“.

Seit dem Jahr 2009 sind Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Thüringen leichter möglich – die direkte Demokratie ist auch auf Landkreisebene angekommen. Eine große und wichtige Reform, die seinerzeit von 235.530 Thüringerinnen und Thüringern angestoßen und dann vom Landtag verabschiedet wurde.

Nun ist es Zeit, Bilanz zu ziehen und Korrekturen beziehungsweise Anpassungen an der Reform von damals vorzunehmen. Bei der Veranstaltung, der nunmehr schon fünften ihrer Art gemeinsam mit dem Bündnis, wurde erstmals

über die Vorlage für einen Gesetzentwurf diskutiert, die Vertreter von LINKE, SPD und GRÜNEN zusammen mit dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ unter Leitung von Ralf-Uwe Beck erarbeitet haben.

Ziel ist es, insbesondere die direkte Demokratie auf kommunaler Ebene durch die Möglichkeit von Bürgerbegehren auch in Ortsteilen und Ortschaften zu erweitern. Auch die Beteiligung einer Gemeinde an einem Unternehmen soll für Bürgerbegehren zugänglich sein. Gemeinderäte sollen in

Zukunft bei einem Bürgerentscheid alternative Vorlagen mit zur Abstimmung stellen und selbst Bürgerentscheide angehen können. Vorausgegangen sind dem in Arbeit befindlichen Gesetzentwurf intensive Gespräche mit Verbänden und Initiativen, die dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ angehören.

Die mit großer Diskussionsfreude und sehr engagiert geführten Beratungen am 23. Juni haben weitere Impulse und Anhaltspunkte für die Fertigstellung des Gesetzentwurfs gegeben. Besonders intensiv wurde über den Vor-

von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Zudem sollen Gemeinderäte bei Bürgerbegehren eine Alternativvorlage mit zur Abstimmung stellen können, dies verhindere Frontenbildung und fördere die Diskussion um die beste Lösung. Dazu gehört ebenfalls die Einführung einer Fairnessklausel, damit z.B. im „Abstimmungskampf“ gleiche Bedingungen für Gemeinde und Bürgerbegehrensinitiative bestehen. Auf jeden Fall gefördert wird der Dialog zwischen Bürgerschaft, Gemeindevertretung und -verwaltung.

Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzen-



schlag diskutiert, dass über ein Bürgerbegehren auch die Abwahl eines Bürgermeisters beantragt werden könnte, allerdings mit einem sehr hohen Quorum von 25 Prozent anstatt der üblichen sieben Prozent.

Das Vorhaben, wonach Gemeinderäte mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit selbst ein Bürgerbegehren ansetzen können, „gibt es bereits fast überall in Deutschland, nur in zwei Bundesländern nicht – und Thüringen gehört dazu“, sagte Ralf-Uwe Beck. Dabei werde vor allem auch vor Gemeindefusionen

de der Fraktion DIE LINKE, hatte unterstrichen: „Demokratie ist keine Nebensache, sondern die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Jeder und jede ist aufgefordert, Demokratie zu leben. Wir wollen das wesentlich erleichtern und deshalb die gesetzlichen Bedingungen der kommunalen Demokratie überarbeiten.“

Ausführliche Berichte zur Veranstaltung in einer der nächsten Ausgaben des Parlamentsreports.

A. Rudolph

Foto: Peter Lahn

Bauernproteste

Die Agrarpolitikerin der Linksfraktion, Dr. Johanna Scheringer-Wright, hat die Protestaktion am Rande des Deutschen Bauerntags unterstützt und erklärt: „Die Landwirtschaft steht vor großen Herausforderungen mit Blick auf das Tierwohl und eine umweltverträgliche Produktion, Umsetzungen in diesen Bereichen kosten auch Geld. Da sind die Preisverfälle für Milch und Fleisch, hervorgehoben durch das Ende der Milchquote und den Ausfuhrstopp nach Russland aufgrund der Sanktionspolitik der EU und der Bundesregierung, existenzbedrohend.“ Die Sanktionen gegenüber Russland seien aufzugeben, im Interesse auch der Thüringer Bauern müssten die Handelsbeziehungen wieder normalisiert werden. ■

Windenergie

Die CDU Thüringen betreibt derzeit eine gegen den Ausbau der Windenergienutzung gerichtete Kampagne, verunsichert mit Falsch- und Fehlinformation die Menschen und schürt diffuse Ängste. Dabei werden sogar die Fehler der von CDU-Mandatsträgern geführten regionalen Planungsgemeinschaften der rot-roten Landesregierung angelastet. Bei einem Pressegespräch haben Steffen Harzer, Sprecher für Energie-, Landesentwicklung und Landesplanung, sowie Tilo Kummer, Umweltpolitiker der Linksfraktion, die Bedeutung der Windkraft für den regionalen und dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien und Anforderungen an den Schutz von Menschen und Umwelt verdeutlicht. ■

Berufsakademie

„Die Studierenden der Berufsakademien in Gera und Eisenach (BA) können sich auf eine Ausbildungsvergütung auch bei der Umwandlung der BA zur Dualen Hochschule verlassen“, so Christian Schaft, nach der Antwort von Minister Wolfgang Tiefensee auf seine Nachfrage. Die Studierenden werden auch zukünftig eine Mindestausbildungsvergütung erhalten. Eine entsprechende Verordnung werde mit den Praxispartnern erarbeitet. Zusätzlich werden die Studierenden Anspruch auf BAFÖG-Förderung haben. „Damit wird verhindert, dass mit der Umwandlung der Berufsakademien zur Dualen Hochschule eine Förderlücke zu Lasten der Studierenden entsteht“, so der LINKE-Abgeordnete. ■

VON A BIS Z:

Stadtwerke

Angesichts der Forderung von Stadtwerken und kommunalen Energieversorgern an die Landesregierung, sich in der bundespolitischen Energiedebatte stärker für die Interessen Thüringens einzusetzen, machte Steffen Harzer, Energiepolitiker der Linksfraktion, auf die Arbeit an einer gemeinsamen Initiative der Koalitionsfraktionen für die nächste Landtagssitzung aufmerksam. Koalition und Landesregierung seien sich einig, die Rolle der Stadtwerke und der kommunalen Regionalversorger als Akteure der Energiewende zu stärken.

Man wolle die gemeinsamen Standpunkte der Fachpolitiker der Regierungskoalition darstellen und sich explizit für eine Stärkung der kommunalen Regionalversorger und Stadtwerke aussprechen. Bereits im Koalitionsvertrag werde betont, die kommunalen Energieversorger zu stärken, sie als Partner bei der Energiewende zu betrachten. Der aktuelle Vorstoß der Stadtwerke zielt auf die anstehende Novelle der sogenannten Anreizregulierung im Strommarkt. Gerade im Bereich der Anreizregulierung habe es in den letzten Wochen eine enge Zusammenarbeit mit der TEAG gegeben, in deren Ergebnis die Bundestagsfraktion DIE LINKE eine Anfrage an die Bundesregierung eingebracht habe, in der es explizit um die Frage der Benachteiligung kleiner Stadtwerke gehe. Man orientiere sich nicht nur auf einen Bericht der Landesregierung im Landtag, sondern auch auf eine Bundesratsinitiative zur Anreizregulierungsverordnung. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten Sitzungen des Thüringer Landtags vor der parlamentarischen Sommerpause finden in der Zeit vom 8. bis 10. Juli statt.

Nach der Sommerpause sind bis zum Jahresende noch folgende Plenarsitzungstermine, jeweils mittwochs 14 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, anberaumt: 9. bis 11. September, 31. September bis 2. Oktober, 4. bis 6. November, 25. bis 27. November sowie 16. bis 18. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer Landtagssitzung bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

Verwaltungs- und Gebietsreform

Die Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform nimmt konkrete Formen an. Innenminister Holger Poppenhäger hat angekündigt, bis Ende September erste Vorschläge zu unterbreiten. So sollen die Landesbehörden einer Aufgabenkritik unterzogen werden, besonders im Hinblick auf die Kommunalisierung der von ihnen wahrgenommenen Aufgaben.

„Bevor man über die Größe und die Anzahl von Landkreisen debattiert und entscheidet, muss klar sein, welche Aufgaben Landkreise überhaupt wahrnehmen sollen“, sagte MdL Frank Kuschel. Die Größe der Landkreise sei davon abhängig, welche Aufgaben, die bisher Landesbehörden wahrnehmen, auf sie übertragen werden. Deshalb müsse unbedingt auch die Strukturreform bei den Landesbehörden mitdiskutiert werden. „Der bisherige dreistufige Verwaltungsaufbau in Thüringen mit einer Vielzahl von Mittelbehörden ist nicht mehr zeitgemäß. Ihre Arbeit ist zu intransparent, verursacht unnötige Kosten“, so der Abgeordnete. Deshalb sei ein schrittweiser Übergang zur Zweistufigkeit geboten. Dies schließe die weitere Übertragung von Aufgaben auf die Landkreise ein. „Erst dann macht es Sinn, über die künftige Struktur der Landkreise zu bestimmen.“ ■

„53 Prozent Steuerkraft reicht nicht aus“

Aus der Rede des Ministerpräsidenten in der Debatte zum Landeshaushalt

In der Schlussrunde der Haushaltsdebatte im Thüringer Landtag am 19. Juni hatte Ministerpräsident Bodo Ramelow das Wort ergriffen. Er war dabei u.a. auf die Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich eingegangen und hatte die enormen Risiken für künftige Landeshaushalte deutlich gemacht. Er erklärte u.a. (Protokollauszug):

„Der Länderfinanzausgleich ist gestern verhandelt worden. Es hätte Entscheidungen geben sollen, damit wir Planungssicherheit für die Haushalte nach 2019 haben. Aber rückwärts hat es eine große Auswirkung auch auf die Doppelhaushalte 2016/2017 und 2018/2019.“

Es gab gestern keine Einigkeit, wie der Länderfinanzausgleich geregelt werden soll, weil die westdeutschen Länder der Meinung sind, der Soli könnte einfach entfallen und das Volumen, das sind 14 Milliarden, kassiert der Bund allein. Diese 14 Milliarden werden nicht zur Verfügung gestellt, wie sie bisher adressiert waren, für strukturbenachteiligte Regionen. Da will Herr Schäuble alle Länder mit 8,5 Milliarden gleichschalten und runterziehen. Das Problem ist, dass dabei Bayern eine Milliarde mehr haben will, weil sie sagen, dass sie Zahlerland sind, möchten sie eine Milliarde behalten. Und Nordrhein-Westfalen sagt,

dass sie den Umsatzsteuervorwegabzug weghaben möchten, das ist noch einmal eine Milliarde. Alleine der Umsatzsteuervorwegabzug wird beim Länderfinanzausgleich in Zukunft acht Milliarden an Geld in den neuen Ländern abfließen lassen, die uns nicht mehr zur Verfügung stehen.

Insoweit reden wir zurzeit über ein echtes hartes Problem. Und ich würde mich freuen, wenn es hier die gleiche Einigkeit gäbe wie unter den ostdeutschen Ministerpräsidenten. Gestern hat Herr Haseloff ganz deutlich gesagt, ich kann es gar nicht besser sagen; wenn ich es formulieren würde, würden Sie am lautesten darüber schreien. Er sagte in der Runde bei der Bundeskanzlerin, er möchte nicht erleben, dass im Jahr 2020 die DDR an den fiskalischen Grunddaten wieder zu erkennen ist. Und er möchte nicht akzeptieren, dass die neuen Länder abgehängt werden. Und er möchte nicht erleben, dass auf einmal die Westdeutschen unter sich ihre Gelder aufteilen und wir so als dranhängendes Gebiet gebucht werden.

Deshalb ist es eine sehr ernste Gelegenheit, ob wir beim Länderfinanzausgleich eine Balance hinbekommen, bei der die Zahlerländer und die Nehmerländer wieder in einer vernünftigen Relation zueinander stehen. Da bin ich sehr einverstanden, weil es kein Zustand ist, dass es nur noch drei Geber-

länder und alle anderen nur noch Nehmerländer sind. Das ist eine fehlerhafte Entwicklung. Das setzt aber voraus, dass in das System Geld hineingegeben wird. Und die Idee der neuen Bundesländer ist nach wie vor, den Soli weiter zu behalten, aber nicht als Ost-West-Soli, sondern als Finanzinstrument für abgehängte Regionen. Und das Geld darf nur gegeben werden, wenn es eine Investition in die Zukunft ist und dann anschließend die Region besser dasteht.

Wenn Sie wissen wollen, wo im Jahr 2015 Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern stehen: im Durchschnitt 53 Prozent der Steuerkraft pro Kopf im Verhältnis zum Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland, 53 Prozent. Wir haben schöne Innenstädte, wir haben das Geld gut investiert. Da bin ich auch sehr einverstanden. Keine Kritik an irgendjemandem, der da Geld ausgegeben hat und Geld angelegt hat. Aber 53 Prozent Steuerkraft reicht nicht aus, dass unsere Kommunen sich selber finanzieren können und dass wir einen Landesetat finanzieren können, und die Wirtschaftskraft liegt bei 74 Prozent im Schnitt der Bundesrepublik Deutschland. 74 Prozent und 53 Prozent machen deutlich, dass die neuen Länder auf dem langen Marsch der Deutschen Einheit jetzt erst auf die letzte Etappe gehen.“ ■

Landtagsdebatte im Pressespiegel: Rassismus-Vorwurf muss zulässig sein

Thüringer Allgemeine (TA, 20.6.):

„Die Debattenkultur im Thüringer Landtag hat in den vergangenen Monaten stark gelitten. Die Zahl der Ordnungsrufe habe mit 26 nach 18 Plenardebatten den absoluten Rekord aller Legislaturperioden erreicht, erklärte gestern Abend Landtagspräsident Christian Carius (CDU). Er ermahnte die Abgeordneten eindringlich, in ihren Reden verbal abzurüsten. Am häufigsten wurden Abgeordnete der AfD zu recht gewiesen. (...)“

Gestern Morgen erhielt beispielsweise der Linke-Abgeordnete Frank Kuschel einen Ordnungsruf. Er rief zur AfD-Fraktion 'Rassismus'. Kuschel reagierte offensichtlich auf eine Äußerung der AfD-Abgeordneten Corinna Herold. Diese hatte zuvor erklärt, dass die Regierungskoalition Geld - statt zur Zahnprophylaxe für Kinder von Asylbewerbern auszugeben - als 'unsinniges Mittel für irgendwelche interkulturellen Projekte ihres eigenen Klientel' aufwende, um so 'Demonstrationstourismus wohlstandsverwahrloster Hobbyarchitekten zu finanzieren'. Am Abend sprach der AfD-Abgeordnete Stephan Brandner jungen Frauen, die der Antifa angehören, das Wahlrecht ab. 'Sexistisches Arschloch', konterte die Linke-

Abgeordnete Katharina König. In derselben Debatte verweigerte ihre Fraktionskollegin Kati Engel der AfD-Abgeordneten Wibke Mühsal eine Antwort mit der Begründung, 'nicht mit Rassisten zu diskutieren'. Auf alle drei Bemerkungen folgte ein Ordnungsruf. (...)“

Sie sehe den persönlichen Vorwurf 'Rassist' kritisch, betonte gestern die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Astrid Rothe-Beinlich. Der AfD aber vorzuwerfen, dass sich ihre Abgeordneten rassistisch äußern, müsse zulässig sein. Linke-Fraktionschefin Susanne Hennig-Wellsow kündigte an, im Ältestenrat noch einmal beraten zu wollen, ob der Rassismus-Vorwurf nicht auch gegen einzelne Abgeordnete möglich sei.“

Ostthüringer Zeitung (OTZ, 20.6.): „Die Personalausgaben steigen auf Grund der üppigen Tarifsteigerungen trotz eines leichten Abbaus von 143 Stellen auf 2,579 Milliarden Euro an. Damit geht mehr als jeder vierte Euro des Haushalts in die Verwaltung. Der drittgrößte Einzelposten: Rund 1,985 Milliarden erhalten die Kommunen, davon 132 Millionen über ein Sonderpaket. Das ist trotz gegenteiliger Versprechungen von Rot-Rot-Grün weniger, als im vergangenen Jahr floss. Investiert

werden 1,253 Milliarden Euro, die Investitionsquote steigt damit wieder leicht. Dank der niedrigen Zinsen sinken die Kosten der Bedienung der Altschulden in Höhe von 15,8 Milliarden Euro auf rund 550 Millionen Euro. Werden Schulden abgebaut? Erst einmal: Neue Kredite werden auch im Haushalt 2015 nicht aufgenommen. Im Gegenteil: Ein Betrag in Höhe von 26,5 Millionen Euro soll getilgt werden. Das ist jedoch deutlich weniger als in den Vorjahren. Der Schuldenberg bleibt bei ungefähr 15,8 Milliarden Euro.“

Thüringische Landeszeitung (TLZ vom 19.6.):

„Wer den Zustand des Parlamentarismus im Freistaat in Augenschein nehmen möchte, dem bietet sich in der Regel an drei Tagen im Monat die Gelegenheit. Gestern Morgen nun kam der Landtag zusammen, um über das liebe Geld zu debattieren - und es ergab sich zu Beginn folgendes Bild: Am Pult im Plenarsaal stand ein in Ehren ergrauter, offenbar verschnupfter Ex-Minister. Jürgen Reinholz, 60 Jahre alt und Christdemokrat, nuschelte leicht, als es um die mittelfristige Finanzplanung, Rahmendaten und Drucksachennummern ging. Was der allgemeinen Aufmerksamkeitsschwelle nicht sonder-

lich zuträglich war. Selbst das vergleichsweise deutlich vorgetragene, durchaus beeindruckende Haushaltsvolumen von 9 Milliarden 272 Millionen 336 Tausend 800 Euro konnte daran nur wenig ändern. Auf der Besuchertribüne brach sich mehr und mehr eine Mischung aus Müdigkeit und Desinteresse Bahn. Und in den Gesichtern der anwesenden Schüler schien sich vor allem eine Frage abzuzeichnen: Was will uns der nette Opa da unten eigentlich sagen?“

Neues Deutschland (ND v. 19.6.):

„Die Abstimmung über den Etat am Freitag gilt als erste Bewährungsprobe für die knappe Mehrheit von nur einer Stimme von Rot-Rot-Grün im Landtag. Offen ist, ob drei Abgeordnete, die sich aus der AfD-Fraktion zurückgezogen haben oder ausgeschlossen wurden, für den Etat der Mitte-Links-Regierung stimmen. Finanzministerin Heike Taubert (SPD) sprach von einem soliden Haushalt, 'der keine Schulden macht, sondern Schulden tilgt'. Das sei trotz der guten Entwicklung der Steuereinnahmen nicht in allen Bundesländern der Fall. 'Es hat keiner der LINKEN zugestimmt, dass wir einen Haushalt ohne Schulden vorlegen', sagte der LINKE-Abgeordnete Frank Kuschel.“ ■

DAS THEMA

Bewährungsprobe für Rot-Rot-Grün bestanden

Mit einer guten Mehrheit von 48 zu 41 Stimmen hat der Landtag am 19. Juni nach ausführlichen Debatten sowie intensiven Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss den **Landeshaushalt beschlossen**. Damit hat die rot-rot-grüne Koalition eine wichtige Bewährungsprobe bestanden. In der Grundsatzsprache hatte zunächst Mike Huster, Haushalts- und Finanzpolitiker der Linksfraktion, das Wort ergiffen. Ausführungen machte auch der LINKE-Kommunalpolitiker Frank Kuschel. In der Schlussrunde vor den Abstimmungen sprach Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow. Folgend Auszüge aus ihrer Rede, danach der beiden anderen Abgeordneten:

„Rot-Rot-Grün gestaltet, konsolidiert und baut vor. Wir versetzen Thüringer Gemeinden wieder in die Lage, zu investieren. Wir investieren in Schulen – und dies nicht einmalig, sondern stetig. Wir steigen in eine humane und menschlich dringend gebotene Flüchtlingspolitik ein. Wir sitzen Probleme nicht aus, wir wenden uns der Lösung zu durch eine aktive und offene Politik. Dazu gilt unser Dank als Fraktion zuallererst auch der Landesregierung und den Abgeordneten, die diese Landesregierung tragen. Wir stellen endlich mehr Lehrerinnen und Lehrer ein, wir wollen die Unterrichtsversorgung verbessern, wir wollen mehr Unterrichtsqualität. Wir stärken die Ansätze für ein demokratisches Thüringen und erhöhen die Mittel für das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.“

Und wir steuern um. Wir haben das Landeserziehungsgeld abgeschafft, um den Einstieg in eine kostenfreie Bildung und eine frühkindliche Bildungskarriere für alle Kinder in Thüringen zu erreichen. Wir stärken den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir schauen nicht zu, wie sich Vorurteile und Ressentiments verstetigen, wie Langzeitarbeitslose über Jahre hinweg chancenlos bleiben sollen. Wir schauen nicht zu, wie Gemeinden in Thüringen finanziell ausbluten. Wir schauen nicht zu, wie die Chancen der Energiewende in Thüringen an uns vorbeiziehen. Und wir schauen nicht zu, wie Bildungsgerechtigkeit in weite Ferne rückt.

Liebe CDU-Kolleginnen und -Kollegen, konstruktive Oppositionsarbeit sieht wirklich anders aus. Sie streichen für Ihre Vorschläge das Projekt für öffentliche Beschäftigung, das wir mühsam aufgebaut haben. Sie greifen in die Rücklage, um Schulden zu tilgen. Sie bauen Ihre Haushaltsvorschläge auf unseriösen Steuerschätzungen auf. Sie gestalten nicht, sie betreiben einen öffentlichen Popanz, der keine kreative und verantwortliche Politik erkennen

Landeshaushalt nach intensiven Beratungen mit komfortabler Mehrheit beschlossen

lässt. Und Sie wollen Schuldenabbau auf Pump. Um nur einige Maßnahmen, die wir schon mit dem Haushalt 2015 ergriffen haben, zu benennen, die Ihre Politik aus den vergangenen Jahren korrigieren:

Wir haben die Zuschüsse für Berufsschüler für die Fahrt-, Unterkunfts- und Verpflegungskosten erhöht. Wir verstärken im Museumsbereich die Mittel für Volontäre. Wir erhöhen die Zuschüsse für Sportvereine und -verbände, für Verbraucherinsolvenzberatungsstellen und die Ausländervereinsarbeit. Wir unterstützen eine innovati-

Wir wollen unter anderem die Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft in den neuen Länderfinanzausgleich und wir wollen auch den Solidaripakt weiter erhalten. Wir erwarten an diesem Punkt im Interesse für Thüringen die Unterstützung der Opposition.

Wir brauchen Strukturreformen in Thüringen. Das Parlament hat die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform schon auf den Weg gebracht. Dazu kommt aber u.a. die Stärkung der kulturellen Vielfalt und auch, den Kulturbereich zukunftsfest zu gestalten. Mit neuen Finanzvereinbarungen sol-

stellt – völlig zu recht übrigens –, dass es in den nächsten Jahren in gewissen Bereichen Mehrbedarfe gibt, in denen wir etwas tun müssen oder entscheiden müssen, machen wir es dort oder machen wir es dort. Das hängt mit verfügbaren Haushaltsmitteln zusammen. Sie haben dafür das Instrument von Verpflichtungsermächtigungen gewählt, aber wenn man mal zusammenrechnet, was Sie gemacht haben:

Auf der einen Seite den Popanz aufbauen, wir müssten mehr Schulden tilgen, und auf der anderen Seite haben Sie allein für das Jahr 2016 mit Ihren Änderungsanträgen zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen von fast 100 Millionen Euro in diesen Haushalt hineinschreiben wollen. Geld, das Sie nicht haben, das noch mitten in der Diskussion steht um die Verteilung der geringer werdenden Mittel insgesamt. Das kann doch keine seriöse Politik sein, einerseits zu fordern, wir müssten mehr Schulden tilgen, und auf der anderen Seite ungedeckte Schecks in die Zukunft reinschreiben.“

„Eingeständnis Ihres Scheiterns“

Folgend eine Passage aus dem Redeprotokoll von Frank Kuschel:

„Sie haben als Ziel formuliert: Kommunen entlasten und Schulden tilgen. Das ist eine späte Einsicht, weil, Sie reagieren damit auf die Folgen von 24 Jahren CDU-Politik. Und das ist auch das Eingeständnis Ihres Scheiterns.“

(Zwischenruf Mike Mohring, CDU: Ihr habt 40 Jahre lang das Land regiert!)

Das gestehen wir Ihnen zu, denn da haben wir Ihnen etwas voraus. Wir sind keine Dogmatiker und deshalb bereit, auch zu Fehlern zu stehen. Der politische Irrtum ist uns nicht fremd. Herr Mohring muss das nur noch lernen, auch mal einzugestehen, dass er sich geirrt hat. Das ist natürlich sehr schwer, nach 24 Jahren zu der Erkenntnis zu kommen, dass wesentliche Teile der Landespolitik zu der jetzigen Situation geführt haben.

Aber Sie haben auch gesagt, Sie haben ein gutes Fundament hinterlassen. Da will ich mal in der kommunalen Ebene Ihr Fundament beschreiben: Von 841 Gemeinden hatten 71 im vergangenen Jahr überhaupt keinen Haushalt. 125 Gemeinden sind in der Haushalts-sicherung. 400 Gemeinden, jede zweite, konnten den Haushalt nur ausgleichen durch Entnahme aus der Rücklage. 200 Gemeinden, jede vierte, haben gar keine Rücklagen mehr. Das ist Ihre Bilanz. Jedes Jahr ein Hilfspaket aufzulegen, zeugt nun nicht gerade davon, dass Ihr Finanzausgleich bisher zielgenau war. Das ist der Fakt. Wir können uns 2024, wenn wir dann zehn Jahre regiert haben, mal über unsere Bilanz unterhalten.“



ve und zielgruppenorientierte Studierendenkampagne, wir stärken und entwickeln den öffentlichen Gesundheitsdienst – 400.000 Euro mehr für Ärzte im ländlichen Raum. Das hilft nicht nur den Kommunen, sondern auch uns in Thüringen generell und verbessert das Leben der Menschen.

Wir brauchen Strukturreformen

Die gestrige Grundsatzsprache hat unsere politischen Unterschiede wirklich zutage gebracht. Rot-Rot-Grün legt einen Haushalt ohne neue Schulden vor, alte Schulden werden schrittweise getilgt. Die Vorwürfe zur angeblichen Ausweitung des Haushaltsvolumens tragen einfach nicht. Wir sprechen 2015 von einem Übergangshaushalt. Der Haushalt 2016/2017 ist natürlich längst in Vorbereitung und wichtige große Reformschritte für ein modernes, zukunftsfähiges Thüringen stehen jetzt auf der Agenda. Da gibt es unterschiedliche Gründe. Das eine ist die zwingend notwendige Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Wir unterstützen unsere Landesregierung darin, zusammen mit den neuen Bundesländern eine einheitliche Linie im Interesse der ostdeutschen Bundesländer auf den Weg zu bringen, zu gestalten und zu halten.

len Theater und Orchester besser finanziert werden und tarifliche Bezahlung gesichert werden. Wir arbeiten an einem Ganztagschulskonzept, wir stellen uns dem Lehrerberuf und wir wollen Bildung von Anfang an. Der soziale Wohnungsausbau wird kommen – dringend notwendig in den Städten, in denen wir einen maximalen Druck auf dem Wohnungsmarkt haben.

Die letzten eineinhalb Tage haben gezeigt, dass Thüringen eine andere Landespolitik erlebt, dass wir einen Aufbruch in Thüringen erreichen, dass Thüringen sozialer, demokratischer, ökologischer gestaltet wird. Ja, das ist der Grund, warum diese Landesregierung angetreten ist, in Thüringen zu regieren.“

Ungedekte Schecks der CDU

In Auseinandersetzung mit den Ausführungen von Maik Kowalleck, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, hatte Mike Huster in seiner Rede erklärt: „Wer sich hinstellt und sich profilieren will, dass er mehr Schulden tilgt als wir, und uns daraus den Vorwurf unsolider Haushaltspolitik konstruieren möchte, der sei mit einer weiteren Tatsache Ihrer Änderungsanträge konfrontiert. Herr Kowalleck, Sie haben in vielen Bereichen hier darge-

Ganztagschule und Hort

Tagung der Linksfraktion vor den anstehenden Weichenstellungen in der Landespolitik

Welche Aufgaben soll die Ganztagschule erfüllen, wie bindend oder flexibel soll sie gestaltet werden? Welche Grundsätze sollen für die Arbeitsverhältnisse und die Arbeitsbedingungen der Pädagoginnen und Pädagogen gelten? Diese und andere Fragen sollen auf einer Tagung zum Thema „Ganztagschule und Hortentscheidung“ diskutiert werden, zu der die Linksfraktion am Samstag, den 4. Juli, in den Landtag nach Erfurt einlädt.

Die Veranstaltung (10.30 bis 15.30 Uhr im Fraktionssitzungsraum Käthe-Duncker-Saal) steht unter der Überschrift „Ganztagschule und Hortentscheidung“. Dazu heißt es im rot-rot-grünen Thüringer Koalitionsvertrag:

„Die Thüringer Grundschulen werden weiter zu Ganztagschulen entwickelt. Dazu werden im Schulgesetz die Aufgabenbeschreibung, die Qualitätsanforderungen und die Ausgestaltung der Ganztagschulen erfasst. Wir werden uns mit den Gewerkschaften auf einen festzulegenden und abzusichernden Betreuungsschlüssel verständigen. Grundlage

dafür ist die pädagogische und organisatorische Einheit der Ganztagschule. Weitere differenzierte Formen ganztägiger Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsangebote wollen wir im Rahmen der Stärkung kommunaler Bildungslandschaften fördern.“

Die Ganztagschule erscheint heute als logische, wenn nicht zwingende Antwort auf aktuelle Entwicklungen in Schule und Gesellschaft. Tatsächlich ist jedoch der Begriff der Ganztagschule in vielerlei Hinsicht noch wenig bestimmt, sind in der Umsetzung eine ganze Reihe Fragen offen, die beantwortet werden müssen im Zuge der anstehenden Weichenstellungen in der Landespolitik.

Programm der Tagung am 4. Juli

Nach der Begrüßung durch Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher DIE LINKE im Thüringer Landtag, und Gabi Ohler, Staatssekretärin im Thüringer Bildungsministerium, gibt es drei Impulsbeiträge. Zum Modellprojekt „Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule“ stellt Dr. Andreas Jantowski,

Direktor des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThillM) Ergebnisse der Evaluation vor. Darauf bezieht sich auch Tamara Thierbach, Bürgermeisterin der Stadt Erfurt und Beigeordnete für Bildung und Soziales, mit ihrem Beitrag zu den Erfolgen und Grenzen des Modellprojekts in der Landeshauptstadt. Über „Pädagogische und organisatorische Prämissen an eine gute Ganztagschule“ spricht Kathrin Vitzthum, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Nachdem die Landes- und Fraktionsvorsitzende DIE LINKE Thüringen, Susanne Hennig-Wellsow, Ausführungen gemacht hat zum Thema „Die Zukunft des Thüringer Grundschulhortes – eine Abwägungsentscheidung“, soll darüber mit dem Publikum diskutiert werden. Im Podium außerdem: Gabi Ohler, Dr. Andreas Jantowski, Kathrin Vitzthum, Tamara Thierbach sowie Michaele Sojka, Landrätin Landkreis Altenburg. Dr. Steffen Kachel, Referent Fraktion DIE LINKE, wird die Diskussion moderieren. ■

Alternative 54 unterstützt Radsport beim SSV Gera

Bevor die jungen Radsport-AG-Mitglieder vom SSV Gera 1990 kräftig in die Pedale traten, konnten kürzlich AG-Leiter Lucas Schädlich und SSV Sportdirektor Bernd Herrmann einen Spendenscheck in Empfang nehmen. Überreicht wurde er von Dieter Hausold, Landtagsabgeordneter der LINKE, und Andreas Schubert, Vorsitzender des Stadtverbandes Gera DIE LINKE.

Die Spende kam vom Verein „Alternative 54“, in den die Landtagsabgeordneten der Linksfraktion neben einem Grundbetrag die in der Legislatur anfallenden Diätenerhöhungen spenden. Die 54 steht für den Paragraphen 54 in der Landesverfassung, der die Diätenerhöhung regelt. „Verwenden werden wir die Spende für die Instandsetzung unserer BMX-Räder für die AG“, so Lucas Schädlich. Eine erste Bestandsaufnahme ergab, dass für die Instandsetzung der Räder fast 800 Euro benötigt werden. Die dafür noch fehlenden finanziellen Mittel steuert die Radwelt Gera zu, versprach Geschäftsführer und SSV-Vizepräsident Daniel Resch.

Seit März 2012 gibt es sie, die Radsport AG und nur beim SSV Gera 1990. Über die AG kam der achtjährige Lucas Kufner aus Bad Köstritz zum SSV und damit zum Radsport. Bald wechselte er in die Trainingsgruppe U11 zu Melanie Lenk. 2014 gewann er als erster SSV-Teilnehmer die Ostthüringen Tour in der U11m. Jetzt in der U13, und das als



Fahrer des jüngeren Jahrgangs, führt er souverän mit 132 Punkten im Jugend-Fördercup Thüringen der SV Sparkassenversicherung. Der elfjährige steht für die Erfolgsgeschichte der Radsport AG, die von Sportdirektor Bernd Herrmann und SSV-Trainer Lucas Schädlich initiiert wurde.

Lucas Schädlich und Daniel Resch bedankten sich für das Engagement. „Für uns selbstverständlich. Dafür sind wir ja da“, so Dieter Hausold

Derzeit zählt die AG über 40 Mitglieder. Trainingszeiten (Radrennbahn): Montag, Jg. 2006 und jünger: 15:30 Uhr bis 17:00 Uhr und 17:00 Uhr bis 18:00 Uhr. Donnerstag, Jg. 2005 und älter: 16:00 Uhr bis 18:30 Uhr
www.ssv-gera.de ■

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Unfähigkeit multipliziert

„Buchdruckerkunst, Radio und Fernsehen haben jeweils die Fähigkeit des Menschen gesteigert, seine Unfähigkeit zu multiplizieren.“ Das hat einst der Sozialwissenschaftler Laurence J. Peter geschrieben (er hat auch das „Peter-Prinzip“ entdeckt: in einer Hierarchie neigt jeder Beschäftigte dazu, bis zu seiner persönlichen Stufe der Unfähigkeit aufzusteigen). Später, so Peter weiter, sei dann noch der Computer dazugekommen.

Auch in der Timeline, die ich bei Twitter verfolge, wollen einige Zeitgenossen die Gültigkeit von Peters Bonmot immer wieder mit aller Brachialgewalt nachweisen. Kürzlich der einschlägig bekannte Hysteriker Hubertus Knabe. Der wollte sich nämlich – als echter Enthusiast – für seine mickrigen 266 Twitter-Follower so richtig ins Zeug legen. Anlässlich einer Meldung der Thüringer Staatskanzlei, Ministerpräsident Bodo Ramelow habe geäußert, wenn es um Nazis gehe, sei er „nicht neutral“, hielt er diesem reflexhaft vor: „Sie und die LINKE stehen der NPD doch ziemlich nahe.“ Bodo Ramelow dürfte Knabes Hassbotschaft kaum lustig gefunden haben. Er ist mehrfach von Neonazis bedroht worden, u.a. im Jahr 2000 nach dem Anschlag auf die Erfurter Synagoge. Während eines Prozesses gegen den Altnazi Manfred Roeder in Erfurt war Ramelow mit zwei Männern konfrontiert, deren Namen er erst Jahre später erfuhr: Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt.

Auch Katharina König, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, dürfte Knabes Hassbotschaft kaum lustig gefunden haben. Sie wird derzeit (nicht zum ersten Mal) mutmaßlich von Neonazis mit Mord bedroht.

Und Knabe? Multipliziert seine Unfähigkeit. Denn: „Fanatismus ist die einzige Willensstärke, zu der auch die Schwachen und Unsicheren gebracht werden können.“ (Friedrich Nietzsche) ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.